

GERMAN-FOREIGN-POLICY.COM

Informationen zur deutschen Außenpolitik : Nachrichten + Interviews + Analysen + Hintergrund

Kein Verzicht 04.03.2015

MÜNCHEN/BERLIN (Eigener Bericht) - Mit dem Eingeständnis einer Mitverantwortung der Sudetendeutschen am Holocaust und dem Verzicht auf ihre exponiertesten Forderungen inszeniert die Sudetendeutsche Landsmannschaft eine vorgebliche Mäßigung ihrer Politik. Am vergangenen Wochenende hat sie unter anderem das Ziel der "Wiedergewinnung" ihrer Herkunftsgebiete in der Tschechischen Republik aus ihrer Satzung gestrichen. Diese und weitere Anpassungen, die medial als eine "echte Zäsur" gelobt werden, erklären sich aus einem Kurswechsel des Bundes der Vertriebenen (BdV), dem die Landsmannschaft angehört. Dieser zielt darauf ab, die Einflussarbeit der Umgesiedelten unter den deutschsprachigen Minderheiten ihrer ost- und südosteuropäischen Herkunftsgebiete deutlich auszuweiten. Vorbild ist die Kooperation mit der deutschsprachigen Minderheit Rumäniens, die inzwischen den rumänischen Staatspräsidenten stellt - ein exklusiver Ansatzpunkt für die Berliner Machtpolitik. Die Einflussarbeit der "Vertriebenen" vor Ort verlangt, soll sie erfolgreich sein, ein weniger aggressives Auftreten. Jenseits der inszenierten Mäßigung halten der BdV allgemein wie auch speziell die Sudetendeutsche Landsmannschaft an ihren Positionen in der Frage der Entschädigungsansprüche umgesiedelter Deutscher fest.

Abschied von der "Wiedergewinnung"

Überregionale Beachtung hat eine Satzungsänderung der Sudetendeutschen Landsmannschaft gefunden, die am Wochenende in München verabschiedet worden ist. Nach hartem internem Streit hat der Verband das ausdrückliche Ziel aus seiner Satzung gestrichen, "den Rechtsanspruch auf die Heimat, deren Wiedergewinnung und das damit verbundene Selbstbestimmungsrecht der Volksgruppe durchzusetzen". Damit entfällt eine Passage, die sich im Sinne von Territorialforderungen gegen die Tschechische Republik verstehen ließ. Künftig fehlt außerdem die ausdrückliche Erwähnung, die Landsmannschaft strebe danach, "das Recht auf Rückgabe bzw.

gleichwertigen Ersatz oder Entschädigung konfiszierten Eigentums der Sudetendeutschen zu wahren". In einer "Grundsatzklärung" haben die Sudetendeutschen zudem "die Mitverantwortung für die Verfolgung und Ermordung von Sudetendeutschen und Tschechen, die dem nationalsozialistischen Regime misslieblich waren, sowie für den Holocaust an den Juden in Böhmen, Mähren und Sudetenschlesien" eingeräumt.[1] Der Schritt, der im Jahr 2015 nachvollzieht, was vor 70 Jahren als Mindestvoraussetzung für den angemessenen Umgang mit einem von den Deutschen überfallenen Staat und mit seiner drangsalierten und teilweise ermordeten Bevölkerung hätte gelten können, wird in den Medien als "echte Zäsur" [2], als "grundsätzlicher Kurswechsel" und als "revolutionärer Quantensprung" [3] gefeiert.

Recht auf die Heimat

Entgegen dem medial erzeugten Eindruck hält die Sudetendeutsche Landsmannschaft auch nach ihrer Satzungsänderung an zentralen Forderungen gegenüber der Tschechischen Republik fest, die sie lediglich in verallgemeinerte Formeln transformiert. So setzt sie sich laut Neufassung ihrer Satzung das Ziel, "an einer gerechten Völker- und Staatenordnung mitzuwirken", in der unter anderem "das Recht auf die Heimat und das Selbstbestimmungsrecht der ... Volksgruppen für alle gewahrt und garantiert werden". Damit besteht sie weiterhin auf einem inhaltlich nicht präzisierten angeblichen Recht auch der Sudetendeutschen auf ihre "Heimat" im heutigen Tschechien und postuliert darüber hinaus ein "Selbstbestimmungsrecht" auch der sudetendeutschen "Volksgruppe", von dem unklar ist, was es alles beinhalten soll. Weiter heißt es, "Verstöße gegen diese Rechte wie Völkermord, Vertreibungen, ethnische Säuberungen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, menschen- und völkerrechtswidrige Enteignungen sowie Diskriminierungen" seien "weltweit zu ächten und dort, wo sie erfolgten, auf der Grundlage eines gerechten Ausgleiches zu heilen". Die Sudetendeutschen beziehen diese "Verstöße" und damit den angeblichen Anspruch auf "Heilung" selbstverständlich auch auf sich.

Die Beneš-Gesetze

Entsprechend erklärt es die Landsmannschaft in einer "Grundsatzklärung" vom vergangenen Wochenende zu ihrem Ziel, die Tschechische Republik solle die gesetzliche Basis der Umsiedlung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg - die Beneš-Gesetze - nachträglich annullieren. Ein solcher Schritt öffnete Klagen gegen Prag wegen Enteignung und Umsiedlung von Kollaborateuren und Profiteuren des NS-Staats Tür und Tor - beides entbehrte dann der juristischen Grundlage und würde damit rückwirkend illegalisiert. Die Landsmannschaft fordert "direkte Gespräche"

darüber zwischen der tschechischen Regierung "und Vertretern der Sudetendeutschen Volksgruppe"; "sie erwartet dabei die Unterstützung der deutschen Politik".[4] "70 Jahre nach Krieg und Vertreibung" sollten "alle offenen und heiklen Fragen 'ohne Furcht und Zwang' ... behandelt werden", heißt es in der Grundsatzklärung.

"Offene Fragen"

Die Satzungsänderung und die Grundsatzklärung der Sudetendeutschen Landsmannschaft fügen sich ein in einen Kurswechsel, den der Dachverband "Bund der Vertriebenen" (BdV) Ende letzten Jahres anlässlich eines Personalwechsels an seiner Spitze eingeleitet hat. Die Übergabe des BdV-Vorsitzes von der langjährigen Präsidentin Erika Steinbach (CDU) an Bernd Fabritius (CSU) ist als Schwenk hin zu einer weniger konfrontativen Politik inszeniert worden, die im "ausgleichenderen" Charakter des neuen Präsidenten ihren Ausdruck finde. Dies betrifft keinesfalls die von Umgesiedelten vorgetragenen Entschädigungsansprüche. Tatsächlich hat Fabritius bereits vor seinem Amtsantritt erklärt, der BdV trage derlei Entschädigungsansprüche zwar nicht vor, da Eigentum "ein Individualrecht" sei und individuell eingeklagt werden müsse. Sein Verband mache sich aber nach wie vor für "rechtskonforme Rahmenbedingungen" stark: "Jede Einzelperson, die enteignet worden ist, muss ... die eigenen Ansprüche durchsetzen können."[5] Fabritius hat zudem bestätigt, er wolle "die Vertreter der Deutschen aus den heute zu Polen gehörenden Gebieten ... mit Vertretern der polnischen Regierung zusammenbringen, damit beide Seiten über offene Fragen unter Berücksichtigung gegenseitiger Belange sprechen und die Themen endlich ehrlich abarbeiten".[6]

Der Weg der Annäherung

Ist mit dem Amtsantritt von Fabritius also kein Verzicht auf die angeblichen Eigentumsansprüche verbunden gewesen, so hat der BdV dennoch seine strategische Ausrichtung neu justiert - in Richtung auf umfangreichere "Deutschtums"-Aktivitäten in den ost- und südosteuropäischen Herkunftsgebieten der Umgesiedelten. "Der BdV muss sich von einem starken Erinnerungsfokus - der nach wie vor wichtig ist - weiterentwickeln zur Vertretung der Deutschen aus Ost-, Südost- und Mitteleuropa", äußerte Fabritius; er solle sich künftig stärker um die "Anliegen unserer Landsleute" bemühen, "die heute noch in den Herkunftsgebieten leben". Ihm komme damit eine "Scharnierfunktion" zwischen Deutschland und den deutschsprachigen Minderheiten Ost- und Südosteuropas zu.[7] Als Modell gilt dabei die Kooperation mit der deutschsprachigen Minderheit Rumäniens, der Fabritius entstammt und die seit Ende 2014 den rumänischen Staatspräsidenten stellt (german-foreign-policy.com berichtete

[8]). Der neue BdV-Präsident hat angekündigt, es sei sein "Ansatz", den "Weg der Annäherung" mit Rumänien "auf den ganzen Verband zu übertragen"; in diesem Sinne werde er sich unter anderem bemühen, "das Verhältnis zwischen unserem Verband und Polen zu entspannen".[9]

Deutschtums-Stützpunkte

Dieser Linie folgt nun die Sudetendeutsche Landsmannschaft. Ganz wie der BdV verbindet sie eine harte Haltung im Kern ihrer Politik, etwa bei der Forderung nach Annullierung der Beneš-Gesetze, mit der Inszenierung einer angeblichen Läuterung; diese drückt sich etwa im - erst nach dem Tod fast aller Täter vollzogenen - Eingeständnis aus, dass die Sudetendeutschen eine Mitverantwortung für den Holocaust tragen. Andererseits fordert die Landsmannschaft direkte Verhandlungen mit der tschechischen Regierung - und setzt sich vor allem für die engere Anbindung der deutschsprachigen Minderheit Tschechiens ein. So sollen "heimatbezogene und grenzüberschreitende Aktivitäten" von Deutschen, "die ihre familiären, kulturellen und historischen Wurzeln in den böhmischen Ländern suchen", unterstützt werden. In ihrem Bemühen, "dass die reiche Kultur der Sudetendeutschen bewahrt, gepflegt und fortentwickelt wird", sucht die Landsmannschaft "die Zusammenarbeit mit der deutschen Volksgruppe in der Tschechischen Republik und mit tschechischen Initiativen, die unser gemeinsames kulturelles Erbe in den böhmischen Ländern für die Zukunft erhalten und fruchtbar machen wollen".[10] Gleichgerichtete Aktivitäten in nach Möglichkeit allen Wohngebieten deutschsprachiger Minderheiten Ost- und Südosteuropas umfassend, zielt der Gesamtansatz auf die Schaffung von "Deutschtums"-Stützpunkten ab, die den deutschen Einfluss in den jeweiligen Ländern dort stärken. Herausragendes Beispiel ist gegenwärtig Rumänien mit seinem Präsidenten Klaus Johannis.

[1] Grundsatzklärung der Sudetendeutschen Landsmannschaft, beschlossen am 28. Februar 2015 im Sudetendeutschen Haus München.

[2] Volker Wagener: Sudetendeutsche lösen sich von der Heimat. www.dw.de 02.03.2015.

[3] Hans-Jörg Schmidt: Sudetendeutsche streichen Anspruch auf Heimat. www.welt.de 02.03.2015.

[4] Grundsatzklärung der Sudetendeutschen Landsmannschaft, beschlossen am 28. Februar 2015 im Sudetendeutschen Haus München.

[5] Christian Deutschländer: Designierter BdV-Chef: "Ich bin unbelastet". www.merkur-online.de 08.07.2014.

[6] Karsten Kammholz: "Ich will unser Verhältnis zu Polen entspannen". www.welt.de 05.11.2014.

[7] Christian Deutschländer: Designierter BdV-Chef: "Ich bin unbelastet". www.merkur-online.de 08.07.2014.

[8] S. dazu [Das "Deutschtum" als Brücke](#) und ["Etwas deutscher regiert werden"](#) .

[9] S. dazu [Kurs auf Osteuropa](#) .

[10] Grundsatzerklärung der Sudetendeutschen Landsmannschaft, beschlossen am 28. Februar 2015 im Sudetendeutschen Haus München.

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com